

Philipp Amthor: „Mein Platz ist in Berlin“

CDU-Politiker sieht seine Zukunft nicht in der Landespolitik. Nur noch drei Bundestagsabgeordnete vertreten die Nordost-CDU im Bundestag.

ROSTOCK. Seit der für die CDU schlecht gelaufenen Wahl 2021 sitzen noch drei Abgeordnete für die Union im Bundestag: Philipp Amthor (30) aus Vorpommern und die Gesundheitsexperten aus Ludwigslust-Parchim, Simone Borchardt (55) und Dietrich Monstadt (65). Die OZ befragte sie zu Oppositionsarbeit und zur Zukunft der Pflege in Mecklenburg-Vorpommern.

OSTSEE-ZEITUNG: Die Berliner Ampel beschließt Dinge, die im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern viele betreffen: Aus für Verbrennungsmotoren ab 2035, Verbot von Gas- und Ölheizungen. Irren wir uns, oder hört man von der CDU gerade nicht so viel zu diesen Themen?

Amthor: Da irren Sie sich. Zynisch könnte man sagen: Die aktuelle Regierung ist Glück für die Opposition. Aber sie ist vor allem schlecht fürs Land. Ich würde mir wünschen, dass die Regierung besser in Tritt kommt und sage das ganz ohne Schadenfreude. Das Problem sind diese ständigen Kommunikationsdesaster – bei der Energiepolitik, Energiepreisen, Ausstieg aus der Kernenergie, Verbrenner-Aus, Migrationskrise.

Das Versagen der Ampel stärkt in dieser polarisierten Diskussion die politischen Ränder, denen ich das Feld nicht überlassen will. Für uns ist das Kriterium dabei nicht Lautstärke, sondern Klarheit. Daran fehlt es der Union nicht, aber wir unterscheiden uns deutlich von Linkspartei und AfD.

Wie sehr hat Sie die Aussage von Friedrich Merz geärgert, Anwohner müssten schon mal in den sauren Apfel beißen – im Zusammenhang mit dem Bau des LNG-Terminals vor Rügen?

Amthor: Friedrich Merz hat sich nicht für LNG-Terminals vor Rügen ausgesprochen, das hat der eine oder andere falsch verstanden. Wir haben als CDU viele Gespräche geführt,

Philipp Amthor (CDU) während des Interviews im OZ-Medienhaus in Rostock.

FOTO: FRANK SÖLLNER



unter anderem mit den Bürgermeister*innen der Insel. Es ist deren Erfolg, dass die Pläne eines viel zu küstennahen Terminals vor Mukran oder Sellin inzwischen deutlich überarbeitet wurden. Die CDU hat diesen regionalen Widerstand unterstützt, im Land und in Berlin.

Viele Menschen in MV leiden unter den steigenden Pflegekosten, manche sind trotz guter Rente auf Sozialhilfe angewiesen, weil sie den ständig steigenden Eigenanteil für ihren Heimplatz nicht mehr aufbringen können. Was sagen Sie dazu?

Borchardt: Ein Platz kostet 3800 bis 4000 Euro im Monat, der Eigenanteil für die Bewohner bewegt sich um die 2000 Euro im Monat. Das ist enorm. Und selbst wenn das jeder bezahlen könnte, könnten die Einrichtungen in den nächsten Jahren nicht mehr

alle aufnehmen, weil das Personal fehlt. Viele Menschen wollen lieber in ihrer Wohnung bleiben und die Hilfe von Angehörigen in Anspruch nehmen. Das könnte der Staat durch mehr Pflegegeld unterstützen. Wir werden dahin kommen müssen, dass vor allem Personen mit hohem Pflegegrad in eine Pflegeeinrichtung kommen.



Simone Borchardt (CDU). Seit 2021 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags. FOTO: SÖLLNER

Monstadt: Wir sind das älteste Bundesland und haben zugleich das niedrigste Lohnniveau. Ich kenne eine Einrichtung in Westmecklenburg, die Pflegekräfte aus Brasilien angeworben hat. Nach ein paar Monaten waren die alle wieder weg. Abgeworben nach Hamburg, wo sie 500 Euro mehr im Monat verdienen. Uns gehen Pflege-



Dietrich Monstadt (CDU) wohnt in Schwerin. Seit 2009 ist er im Bundestag. FOTO: PRIVAT

kräfte verloren, obwohl wir sie nötiger hätten.

Herr Amthor, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig ist politisch angeschlagen – laufen Sie sich schon warm, sie 2026 zu beerben?

Amthor: Die CDU hat mit Franz-Robert Liskow einen sehr guten Landes- und Fraktionsvorsitzenden, mit dem ich sehr gut zusammenarbeite. Mein Platz ist in Berlin. Unser Ziel ist es, die nächste Bundestagswahl zu gewinnen. Das ist mein Spielfeld.

In der Debatte um die Umwelt- und Klimastiftung für den Nord-Stream-2-Weiterbau vermittelt die CDU heute den Eindruck, sie sei schon immer dagegen gewesen. Dabei hat die Union die Stiftung 2021 in der damaligen schwarz-roten Koalition mitgegründet.

Amthor: Das Problem liegt nicht primär in der Gründung

der Stiftung, sondern in Schwesigs Umgang damit. Das Parlament wurde von der Regierung mehrfach falsch informiert, kritische Details kommen nur durch hartnäckige Medienanfragen als Licht. Brennende Steuererklärungen im Kamin haben das Image von Mecklenburg-Vorpommern beschädigt. Das alles schadet dem Bundesland. Die Verantwortung dafür tragen nicht diejenigen, die diese Missstände jetzt ansprechen, sondern diejenigen, die sie angerichtet haben.

„Das Problem liegt nicht primär in der Gründung der Stiftung, sondern in Schwesigs Umgang damit.“

Philipp Amthor, CDU-Abgeordneter

Die CDU hat mit Werner Kuhn einen Vertreter im Vorstand der Stiftung.

Monstadt: Es geht in vielen strittigen Punkten um Absprachen, die zwischen Erwin Sel- lering, Manuela Schwesig und Gazprom getroffen wurden. Da war Herr Kuhn gar nicht dabei. Er vertritt in der Stiftung rechtlich nicht die CDU und muss und darf uns dazu auch gar nicht Bericht erstatten.

Amthor: Wir waren für den Weiterbau von Nord Stream 2, auch ich persönlich. Aber die Zustimmung der CDU war kein Blankoscheck dafür, dass Steuerunterlagen verbrannt und Informationen vorenthalten werden. Zudem hat Frau Schwesig keines ihrer Versprechen zur Stiftung eingelöst, die sie nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gemacht hat.

Die Stiftung wurde nicht aufgelöst und es ist kein entsprechendes Hilfgeld an die Ukraine geflossen. (Interview: Gerald Kleine Wördemann)